

**Schleswig-Holsteinischer Landtag**  
**Umdruck 19/256**

Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein  
Postfach 7107, 24171 Kiel

Wirtschaftsausschuss des Schleswig-  
Holsteinischen Landtages  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel  
Per E-Mail  
Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Ihr Zeichen:  
Ihre Nachricht vom:  
Mein Zeichen: GPR  
Meine Nachricht vom:

Herr Wrobel  
GPR@lbv-sh.landsh.de  
Telefon: 0431 383-2628  
Telefax: (0431) 383-2765  
Mobiltelefon: 0170 9530674

06. November 2017

**Anhörung**

**Keine Übertragung der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Vorwege der mündlichen Anhörung vor dem Wirtschaftsausschuss am 8. November 2017 hier nun meine schriftliche Stellungnahme zu oben genannten Sachverhalt.

Als Gesamtpersonalratsvorsitzender musste ich für die Anhörung eine Aussagegenehmigung bei meiner Dienststelle beantragen. Diese habe ich erhalten. Mir wurde nun mitgeteilt, dass ich im Vorwege zur Anhörung eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss, daher bitte ich diese Verspätung zu entschuldigen.

Der Gesamtpersonalrat des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein lehnt eine Übertragung der Verwaltung Bundesstraßen in Schleswig-Holstein an den Bund ab.

**Begründung:**

- Der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein kurz LBV SH ist durch viele Umstrukturierungsmaßnahmen in den letzten Jahren gut aufgestellt worden. Wir haben bei der Errichtung des LBV SH viele Standorte der Meistereien und Bauämter geschlossen. Durch diese Neuausrichtung des LBV SH haben wir uns schlagkräftig aufstellen können.



- Durch das Einsparkonzept des Landes Schleswig-Holstein mussten immer wieder zusätzliche Stellen beim LBV SH abgebaut werden, die uns vor große Herausforderungen gestellt haben. Diese Einsparung haben die Kolleginnen und Kollegen durch ihr Engagement und Mehrarbeit ausgeglichen.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBV SH sind hoch motiviert und hoch leistungsfähig und fühlen sich mit dem LBV SH verbunden.
- Durch die Vorgaben aus der Politik – Personaleinsparung und jahrelange knappe finanzielle Ausstattung - ist der LBV SH immer weiter stark eingeschränkt worden.
- In den letzten Jahren wurden die Geldmittel für Landes- und Bundesstraßen erhöht, so dass der LBV SH eine vernünftige Umsetzung der finanziellen Zuschüsse gewährleisten musste. Die Personalausstattung wurde nicht entsprechend angepasst, so dass es hier zu einer Schieflage gekommen ist.

Um die finanzierten Projekte umzusetzen wurde ein größerer Personalbedarf benötigt, als eingestellt worden ist. Dies ist begründet damit, dass kein entsprechendes Personal gefunden werden konnte. Im Ingenieur- und Technikbereich verzeichnet der LBV SH große Abgänge durch die Altersstruktur, dieses kann durch die Neuzugänge nicht aufgefangen werden. Die Qualität der Bewerberinnen und Bewerber lässt zunehmend nach und die Gehaltsvorstellungen der Bewerberinnen und Bewerber können wir als LBV SH nicht bezahlen, so dass es keine Zusagen vonseiten der Bewerberinnen und Bewerber gibt.

- Der Gesamtpersonalrat würde auch einer deutlich höheren Eingruppierung von Neubewerbern nicht zustimmen, da damit die Altbeschäftigten übergangen und benachteiligt werden.
- Bei der Errichtung des LBV SH wurden die Meistereien neu zugeschnitten. Die Kilometerzuweisung von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen pro Meisterei hat zur Folge, dass es sich im Vergleich zum Bundesdurchschnitt um die größten Meistereien handelt. Beim Bundesvergleich ist die Personal- und Fahrzeug- und Geräteausrüstung eher im unteren Bereich zu sehen.
- Beim Wegfall der Bundesstraßen würde es zur Folge haben, dass die 26 Standorte in Schleswig-Holstein neu berechnet werden und auch neue Standorte gebaut werden müssten.
- Die Autobahnmeistereien wechseln im Jahr 2021 zum Bund, die Mischmeistereien (Autobahn- und Straßenmeistereien) müssten dann neu überplant werden und auch hier müssten neue Standorte errichtet werden. Die Gebäude sind alle im Bundeseigentum und würden somit zur Infrastrukturgesellschaft wechseln.
- Derzeit sind die Meistereien in sogenannte Rundnetze eingeteilt, dies bedeutet, dass eine Meisterei im Winterdienst flexibel und schnell agieren kann. Hier werden auch Privatfirmen eingesetzt, da das komplexe Straßennetz nicht allein durch die Meistereien zeitnah geräumt oder gestreut werden kann. Dies ist auch witterungsabhängig und gewährleistet eine schnelle Räumung der Straßen für die Bürgerinnen und Bürger.
- Durch den Beschluss auf der Bundesebene, die Bundesautobahn in eine Bundesgesellschaft zu überführen ist im Landesbetrieb ein hoher Diskussionsbedarf, wie es zukünftig weiter gehen soll. Zur Zeit gibt es auf der Bundesebene noch keine genaue Regelung, dies führt zu extremer Verunsicherung bei den Kolleginnen und Kollegen.



- Beim Wegfall der Bundesstraßen müsste der gesamte LBV SH neu gestaltet werden. Dies würde die Niederlassungen, die einzelnen Standorte sowie die Meistereien treffen. Deswegen brauchen wir eine schnelle Entscheidung was mit den Bundesstraßen passieren soll.
- Alleine durch die Infrastrukturgesellschaft und der unsicheren Situation der Bundesstraßen sind schon viele Abwanderungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu den Kommunen zu verzeichnen, da diese auch tariflich anders bezahlen.

Die Personalräte auf Bundesebene besprechen sich bereits seit längerer Zeit wegen der Infrastrukturgesellschaft, an diesen Treffen nehme ich teil. Schleswig-Holstein ist bis jetzt das einzige Flächenbundesland, das sich überhaupt mit der Abgabe der Bundesstraßen beschäftigt.

In Anbetracht der Ungewissheit für die Zukunft des LBV SH sollte eine zeitnahe Lösung angestrebt werden, da durch die jetzigen Situation der LBV SH keine geeigneten Personalbewerbungen erhält, Mitarbeiter sich anderweitig orientieren und Projekte nicht adäquat umgesetzt werden können.

Mit freundlichen Grüßen



Ralf Wrobel  
GPR-Vorsitzender